Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 12. Dezember 2006

Tagesordnung, öffentlicher Teil

1. Fragen der Einwohner
2. Vorberatung des Haushaltsplanentwurfs 2007
3. Beratung und Beschlußfassung über eine Anpassung (Neufassung) der Abwassersatzung der Gemeinde;
   3.1. Beschluß der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS)
   3.2. Abschluß einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Erhebung der Abwassergebühren
4. Spenden und Sponsoring; Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 78 Abs. 4 GemO
5. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse aus der Sitzung vom 14. November 2006
6. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
7. Fragen der Einwohner

zu Punkt 1

Der anwesende Zuhörer hat keine Fragen.

zu Punkt 2

Bürgermeister Herberich begrüßt Kämmerer Zipf und - weil gemeinsam mit dem Ortschaftsrat beraten wird - auch Ortschaftsrat Stadler zur Vorberatung des Haushaltsplanentwurfs 2007.

Das Volumen des Haushaltsentwurfs beträgt insgesamt 4.556.894 Euro und gliedert sich in den Verwaltungshaushalt mit 3.833.818 Euro und den Vermögenshaushalt mit 723.076 Euro.

Der Vorsitzende führt aus, daß das Gesamtvolumen 8 % unter dem des Vorjahres und im Verwaltungshaushalt ebenfalls 2,4 % darunter liegt. Dennoch sieht der kommende Haushalt recht ordentlich aus, auch wenn das außerordentlich gute Jahr 2005 sich in 2007 negativ auswirkt. Gegenüber dem Vorjahr 2006 erhält die Gemeinde aus dem Finanzausgleich statt 548.300 Euro nur 205.800 Euro, muß aber statt 297.000 Euro nun 392.300 Euro in den Finanzausgleich und statt 478.400 Euro in 2007 eine Kreisumlage von 591.300 Euro zahlen. Per Saldo bedeutet dies gegenüber dem Jahr 2006 eine Einbuße von rund 550.700 Euro.

Positiv zu bemerken ist, daß der Anteil an der Einkommensteuer um rund 50.000 Euro gestiegen ist. Dieses Loch im Bereich der allgemeinen Zuweisungen und Umlagen kann auch der im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt wiederum hohe Gewerbesteuer-Planansatz von 545.000 Euro nicht wettmachen. Auch ist dieser Ansatz immer mit einer gewissen Vorsicht zu sehen. Unter diesen Vorzeichen ist es unmöglich, den Verwaltungshaushalt auszugleichen, und so muß eine umgekehrte Zuführung von rund 323.000 Euro aus dem Vermögenshaushalt erbracht werden. Diese kann durch eine Entnahme aus der Rücklage, dem „Sparstrumpf" der Gemeinde, ausgeglichen werden.

Neue Schulden sind nicht vorgesehen. Der Stand der Schulden verringert sich im kommenden Haushaltsjahr um 59.500 Euro.

Im Vermögenshaushalt sind als größere Maßnahmen die Beschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeuges und die Sanierung des Daches des Kindergartens Hüffenhardt vorgesehen. 240.000 Euro sind für das Feuerwehrfahrzeug eingeplant, das das fast 30 Jahre alte Löschgruppenfahrzeug LF 8 ersetzen soll. Zur Finanzierung werden Zuschüsse aus der Feuerwehrförderung, vom Landkreis und vom Gemeindeausgleichstock mit insgesamt 125.000 Euro beantragt. Fast dreißig Jahre ist auch der Hüffenhardter Kindergarten alt; vor 14 Jahren wurde ein Gruppenraum angebaut. Das mittlerweile in die Jahre gekommene Flachdach weist nun etliche undichte Stellen auf, so daß eine notdürftige Reparatur nicht mehr wirt-

schaftlich ist. Auch entspricht die Wärmedämmung in keinster Weise dem aktuellen Standard. Zur Abhilfe ist ein Betrag von 60.000 Euro eingeplant; eine detaillierte Kostenberechnung muß allerdings erst noch erstellt werden. Eine Förderung erwartet man sich auch hier aus dem Ausgleichstock.

Auch die weiteren Planansätze werden im Gremium besprochen. Noch nicht eingeplant, aber wahrscheinlich, sind Mittel für Investitionen in das Kanalnetz wie auch eine Erweiterung des Baugebiets „Hälde" in Kälbertshausen, wo es Bauinteressenten gibt.

Trotz Mehrwertsteuererhöhung, was auch die Gemeinde trifft und allein im Verwaltungshaushalt rund 15.000 Euro ausmacht, steigender Energiepreise von rund 25 Prozent und den beschriebenen Unbilden aus dem Finanzausgleich, wird auf Steuer- und Gebührenerhöhungen verzichtet. Der Bürgermeister wertet dies als Ausdruck sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung zugunsten der Gemeindeeinwohner.

Nach weiterer Erläuterung einzelner Haushaltsstellen nimmt das Gremium den Haushaltsplanentwurf 2007, der in Anlage 1 beigefügt ist, zustimmend zur Kenntnis. Die Verabschiedung des Haushaltsplanes ist für die Februarsitzung vorgesehen.

zu Punkt 3

2.2 Die Gemeinde hat die Neufassung des Musters der Beitragssatzung zum Anlaß genommen, die Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) insgesamt zu aktualisieren, insbesondere die Beitragsteile der Satzung an die Regelungen der neuen Erschließungsbeitragssatzung anzupassen. In der als Anlage 1 beiliegenden Satzung wurden folgende Änderungen eingearbeitet:

- Die bisherige Fassung des § 10 enthielt im Zusammenhang mit Abwasseruntersuchungen eine Kostenerstattungsregelung des Grundstückseigentümers. Auf diesen Kostenersatzanspruch muß verzichtet werden, weil für einen solchen Anspruch nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg eine Rechtsgrundlage fehlt.
- Im Beitragsteil wird bei der Umrechnung in fiktive Geschoßzahlen (§§ 29 Abs. 1, § 30 Abs. 1 und 2, § 31 Abs. 4) das Umrechnungsergebnis künftig auf- und abgerundet (bisher nur aufgerundet).
- Die Nachveranlagungstatbestände in § 32 der Satzung wurden überarbeitet und der Rechtsgrundlage in § 29 des neuen KAG 2005 angepaßt (z.B. Rechtsgrundlage für Nachveranlagung bei Tiefenbegrenzungen).

Beschluß

Der Gemeinderat beschließt die in Anlage 2 beigefügte Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS) vom 13.12.2006.

- einstimmig -

3.2 In der Verbandsversammlung des Zweckverbands Wasserversorgungsgruppe Mühlbach am 13.12.2006 soll die in Anlage 3 beiliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Kosten der Erhebung und des Einzugs der Abwassergebühren beschlossen werden. In ihr sind die Modalitäten des Abwassergebühreneinzuges durch den Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach und die entsprechende Vergütung geregelt.

Schon bisher wurden die Abwassergebühren zusammen mit den Wassergebühren vom Zweckverband „Mühlbachgruppe" eingezogen. Insoweit ergibt sich sowohl für die Gemeinde als auch für die Verbraucher nichts Neues.

Anlaß für die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist auch hier die Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG). Nach § 2 Abs. 4 KAG können den Mitgliedsgemeinden nunmehr nur noch die Zusatzkosten für

die Mitteilung der zur Gebührenerhebung erforderlichen Daten vom Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach in Rechnung gestellt werden. Hierzu ist es jedoch notwendig, daß auch in der Abwassersatzung der Mitgliedsgemeinden eine entsprechende Regelung vorhanden ist.

§ 50 der Abwassersatzung wird im 2. Absatz deshalb wie folgt ergänzt:

- Der Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach ist in entsprechender Anwendung von § 2 Abs. 4 KAG verpflichtet, gegen Erstattung angemessener Zusatzkosten die zur Gebührenerhebung erforderlichen Daten der Abwasserbeseitigung mitzuteilen. Soweit der Zweckverband die Abwassergebühren für die Gemeinde erhebt, ist er verpflichtet, bei der Ermittlung seines Kostenersatzes nur die angemessenen Zusatzkosten für die zur Gebührenerhebung erforderlichen Daten zu berücksichtigen.

Beschluß
Der Gemeinderat stimmt der in Anlage3 beiliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Kosten der Erhebung und des Einzugs der Abwassergebühren zwischen dem Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach und der Gemeinde Hüffenhardt zu.

- einstimmig -

zu Punkt 4
Die in der Anlage 4 aufgeführten Spenden wurden von Bürgermeister Herberich unter Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderates angenommen. Die Geld- und Sachzuwendungen sind für das Bürgerhaus Kälbertshausen, den Neubau eines Jugendhauses in Hüffenhardt sowie für die gemeindeeigene Seniorenarbeit bestimmt. Der Wert der Spenden bis 100 € beläuft sich auf 179,18 €; die Spenden über 100 € belaufen sich auf insgesamt 1.700 €. Bürgermeister Herberich bittet nun das Gremium um Zustimmung zur Annahme der Spenden. Die Spenden über 100 Euro werden einzeln beraten und abgestimmt.

Beschluß
Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spenden zu.

- einstimmig -

zu Punkt 5
In der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 14. November 2006 wurde die Neuvermietung der Wohnung in der Keltergasse 14 zum 1. Dezember 2006 beschlossen.

zu Punkt 6
Bürgermeister Herberich teilt folgendes mit:

Ø Beim Reithallenbau haben sich Änderungen ergeben. Der ursprünglich geplante Sozialtrakt wird nun doch nicht gebaut. Außerdem haben die Reiterfreunde eine Standortverschiebung des Gesamttraktes um vier Meter weiter in südwestliche Richtung beantragt. Die Verschiebung ist wegen der bestehenden Bepflanzung notwendig geworden. Dies wurde allerdings erst nach Einmessen des genehmigten Gebäudes festgestellt. Von Seiten der Gemeinde gibt es hierzu keine Bedenken.

Ø Wegen der anstehenden Sanierung des Daches des Hüffenhardter Kindergartens möchte die Verwaltung einen generalsanierten Kindergarten in Walldorf anschauen, der ebenfalls von der Fa. Junior Systembau errichtet und auch saniert wurde. Bauhofleiter Hahn, Kindergartenleiterin und Gemeinderätin Ziegler, Gemeinderat Hagner sowie Pfarrer Ihrig sollen zur weitern Information mitfahren. Das weitere Vorgehen wird in einer der nächsten Sitzungen besprochen.

- Das Ergebnis der Verkehrsschau am 15. November wird bekannt gegeben. Demnach werden an der Hauptstraße / Ecke Staugasse Hinweisschilder auf die Parkplätze und ein Halteverbot entlang der Gaststätte angebracht. Künftig soll dort stärker kontrolliert werden. In der Hohstattstraße/Ecke Waldstraße wird die „Rechts vor Links-Regelung" durch Wartelinien auf der Fahrbahn hervorgehoben. Auf ein Parkverbot in der Industriestraße im Bereich des Imbißbetriebes wird verzichtet, weil die Zufahrt zu Mann & Schröder im neuen Jahr verlegt werden soll und die Einfahrtproblematik damit gelöst wird. Keinen Regelungsbedarf sah man in der Mühlbacher Straße, wo ein Parkverbot angesprochen war sowie am Parkplatz Hüttigsmühle. Eine weitere Ausschilderung der Sportgaststätte wurde nicht befürwortet, und für die teilweise problematische Durchfahrt von LKWs über die Hohstattstraße zum Baugebiet „Am Berg" fand sich auch diesmal keine Patentlösung.
- Seitens der Metropolregion Rhein-Neckar ist beabsichtigt, einheitliche Handwerkerparkausweise zu vergeben. Dem wird sich die Gemeinde anschließen, wobei die Relevanz für unseren Bereich gering ist.
- Die EnBW beabsichtigt die Erweiterung der Umspannstation in Hüffenhardt auf 380 kV. Einzelheiten sollen Anfang 2007 seitens der EnBW vorgestellt werden.
- Die Postservice Filiale in Hüffenhardt schließt am jetzigen Standort zum 31. Januar 2007. Derzeit ist die Post AG auf der Suche nach einem neuen Vertragspartner.
- Bei der diesjährigen Kriegsgräbersammlung in Hüffenhardt, die wiederum vom MGV „Sängerbund" durchgeführt wurde, ist die stolze Summe von 1.129,28 € zusammen gekommen. Bürgermeister Herberich bedankt sich beim Vorsitzenden und den Sängerkameraden für dieses ehrenamtliche Engagement.
- Ein Dankeschön gilt ebenfalls den Mitgliedern des Gemeinderats und der Verwaltung sowie allen Helferinnen für die Unterstützung beim Seniorennachmittag. Ohne dieses ehrenamtliche Engagement wäre die Durchführung nicht möglich.

zu Punkt 7

Auch am Ende der Sitzung stellt der anwesende Zuhörer keine Fragen.

Bürgermeister Herberich schließt die öffentliche Sitzung mit einem kurzen Rückblick über die Geschehnisse im Jahr 2006, dankt dem Gremium für die gute Zusammenarbeit und wünscht Allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das Neue Jahr.